

1 **Position zu den Freihandelsabkommen TTIP und CETA**

2

3 Seit Juni 2013 verhandelt die EU-Kommission mit Vertreter*innen der US-Regierung über die
4 Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, kurz TTIP (engl.: Transatlantic Trade and
5 Investment Partnership). Ein ähnliches Abkommen zwischen der EU und Kanada, das Umfassende
6 Wirtschafts- und Handelsabkommen, kurz CETA (engl.: Comprehensive and Economic Trade
7 Agreement) wurde von 2009 bis September 2014 verhandelt und muss nun noch ratifiziert werden.

8

9 Die geplanten Freihandelsabkommen greifen erheblich in die zukünftigen politischen und
10 gesellschaftlichen Gestaltungsspielräume ein und gefährden eine gute und zukunftsweisende
11 soziale und ökologische Entwicklung in Deutschland und weltweit. Damit verändern die
12 Freihandelsabkommen auch die Perspektiven junger Menschen.

13

14 **Daher fordern wir:**

- 15 1. transparente Verhandlungen unter Einbeziehung demokratisch legitimierter Akteur*innen
16 und Veröffentlichung von Verhandlungszwischenständen und -ergebnissen;
- 17 2. die Sicherung von progressiven Umwelt- und Verbraucherschutzstandards, um eine
18 Negativanpassung an die unterschiedlichen Gesetzesvorgaben der Verhandlungs-
19 partner*innen zu verhindern;
- 20 3. den Schutz von regionalen Wirtschaftskreisläufen insbesondere im Bereich der bäuerlichen
21 Landwirtschaft und des öffentlichen Beschaffungswesens;
- 22 4. den Verzicht auf internationale Investor-Staats-Schiedsverfahren, um politische
23 Gestaltungsspielräume nicht aus wirtschaftlichen Beweggründen zu beschneiden;
- 24 5. den Schutz von öffentlichen Dienstleistungen, damit elementare Bereiche wie Bildung und
25 Wasserversorgung nicht bzw. nicht weiter liberalisiert werden;
- 26 6. die Regulierung und ökologische Ausgestaltung des internationalen Finanzsektors anstatt
27 einer weiteren Deregulierung im Zuge der Freihandelsabkommen;
- 28 7. internationale Solidarität und Kooperation mit Ländern des globalen Südens anstatt einer
29 Verschärfung der bestehenden Ungleichheiten;
- 30 8. die Sicherung von Arbeits- und Menschenrechten, um eine Negativanpassung an die
31 unterschiedlichen Gesetzesvorgaben der Verhandlungspartner*innen zu verhindern.
- 32 9. die Bundesregierung auf, die dargelegten Punkte in die Verhandlungen einzubringen und
33 die Verhandlungen abubrechen, falls die Forderungen nicht erfüllt werden.

34 **Erläuterungen und Begründungen unserer Forderungen**

35 *Zu 1. Transparenz:* Statt Geheimverhandlungen braucht es eine breite öffentliche Diskussion um
36 ein soziales und ökologisches Verhandlungsmandat auf beiden Seiten. Hierzu müssen umfassende
37 und aktuelle Informationen sowie der vollständige Einblick in alle Verhandlungsdokumente für die
38 Öffentlichkeit und Parlamente gewährleistet sein. Der Einfluss von Wirtschaftslobbyist*innen muss
39 eingeschränkt werden.

40

41 *Zu 2. Umwelt- und Verbraucherschutzstandards:* Da durch die alleinige Senkung/Abschaffung von
42 Zöllen kaum mehr Gewinnsteigerungen möglich sind, wird es in weiten Teilen der Abkommen um
43 die Angleichung von Standards gehen. Dabei steht zu befürchten, dass eine Anpassung „nach un-
44 ten“ vorgenommen wird. Die strengeren europäischen Standards, beispielsweise im Bereich der
45 grünen Gentechnik, sind jedoch nicht verhandelbar. Sie dürfen weder abgesenkt noch durch eine
46 gegenseitige Anerkennung US-amerikanischer und europäischer Standards unterlaufen werden.
47 Eine umfassende Kennzeichnungspflicht von Inhaltsstoffen und Herstellungs- und Behandlungs-
48 methoden muss verpflichtend sein – auch für verarbeitete Produkte. Eine Festlegung von Stan-
49 dards in den Abkommen darf Parlamenten nicht daran hindern, zukünftig progressivere Vorgaben
50 zu verabschieden.

51

52 *Zu 3. Regionales Wirtschaften:* Mit TTIP und CETA wären auch europäische Regelungen zum
53 nachhaltigen oder regionalen Beschaffungswesen gefährdet. Die eigene Region gezielt zu stärken
54 oder soziale und ökologische Ziele zu berücksichtigen, muss weiterhin möglich bleiben.
55 Insbesondere braucht eine bäuerliche und zukunftsfähige Landwirtschaft ein faires
56 Handelssystem, das die Interessen von Bäuerinnen und Bauern berücksichtigt und nicht die
57 Interessen der Agrarindustrie bedient.

58

59 *Zu 4. Internationale Investor-Staats-Schiedsverfahren:* Die als „Investitionsschutz“ bezeichnete
60 Sondergerichtsbarkeit, bei der Konzerne Staaten außerhalb des normalen juristischen Weges
61 verklagen können, bedroht die Unabhängigkeit unserer Demokratie. Schiedsgerichte tagen
62 außerhalb des regulären Rechtssystems und ihre Rechtssprüche werden von privaten Anwälten
63 gesprochen. Diese sind zudem bindend, es ist daher nicht möglich gegen die Entscheidungen eines
64 Schiedsgerichts Berufung einzulegen. Wenn Regierungen und Parlamente aus Angst vor
65 Schadenersatzansprüchen auf notwendige und gewollte Regelungen und Gesetze etwa zu
66 Umwelt-, Klima- und Arbeitsschutz verzichten, entspricht dies nicht unserem demokratischen
67 Grundverständnis. Bereits heute führen internationale Schiedsverfahren dazu, dass
68 Umweltvorgaben gesenkt wurden, wie beispielsweise im Fall der Klage beim Kohlekraftwerks
69 Moorburg in Hamburg durch Vattenfall.

70

71 *Zu 5. Schutz öffentlicher Dienstleistungen:* Die vorgesehene Öffnung der Märkte im
72 Dienstleistungssektor droht, öffentliche Beschaffung, Gesundheitswesen, Wasserversorgung und
73 Bildung noch stärker zu liberalisieren. Dadurch könnte die öffentliche Daseinsvorsorge noch weiter
74 privatisiert werden, verbunden mit Kostensteigerungen für Verbraucher*innen, möglicher
75 Qualitätsverlust und fehlende Versorgungsgarantie. Damit droht auch eine Einschränkung des
76 Zugangs und der Teilhabemöglichkeiten junger Menschen in vielen Lebensbereichen.

77

78 *Zu 6. Ökologisierung des Finanzsektors:* Die Deregulierung der Finanzmärkte und ökonomische
79 Ungleichgewichte innerhalb der EU infolge von Lohnkonkurrenz sind eine wesentliche Ursache der
80 europäischen Wirtschaftskrise. Mit TTIP und CETA sollen Finanzdienstleistungen noch weiter
81 dereguliert werden. Die politische Macht der Finanzindustrie würde gestärkt, Lohn- und
82 Steuerdumping und damit sinkende Einnahmen der öffentlichen Haushalte wären die Folge. Statt
83 einer Deregulierung ist eine ökologische Reformierung der Finanzmärkte nötig, um nachhaltige
84 wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.

85

86 *Zu 7. Internationale Solidarität und Kooperation:* Die Schaffung der durch TTIP und CETA
87 beabsichtigten weltgrößten Freihandelszone erhöht den Wettbewerbsdruck auf Entwicklungs- und
88 Schwellenländer, da die Industriestaaten in Europa und Nordamerika ihre wirtschaftliche
89 Vormachtstellung zu Lasten des globalen Südens manifestieren. Somit besteht die Gefahr, dass
90 durch die Freihandelsabkommen bestehende globale Ungerechtigkeiten verschärft und
91 Bemühungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zunichte gemacht werden.

92

93 *Zu 8. Arbeits- und Menschenrechte:* Gewerkschaften beklagen Arbeitsplatzverluste in der Industrie,
94 sinkende Löhne, Unterlaufen vor Arbeitsmindeststandards und wachsende
95 Einkommensunterschiede als Folge des Freihandels, indem Arbeitsstandards an das jeweils
96 niedrigere Niveau angeglichen werden. In der EU sind Massenarbeitslosigkeit, Druck auf Löhne und
97 die Ausweitung prekärer Beschäftigung u. a. die Folgen schwacher Sozialstandards im
98 liberalisierten Binnenmarkt. Dies ist kein Modell für eine transatlantische Freihandelszone.

99

100 *Zu 9. Verhandlungen:* Umfassende Änderungen sind notwendig, um TTIP und CETA gerechter und
101 zukunftsfähiger zu machen. Die Bundesregierung muss sich daher nachdrücklich dafür einsetzen,
102 dass bei den verschiedenen Kritikpunkten nachgebessert wird. Sollte dies nicht gelingen, dann
103 müssen die Verhandlungen konsequenterweise beendet werden.

104

105 Beschlossen auf der Bundesvorstandssitzung der NAJU am 11. April 2015 in Köln.

106

107 Wir verweisen auf die anderen Positionspapiere der NAJU und auf die Positionen des
108 Naturschutzbundes (NABU) Deutschland e.V. und des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR).